



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIV/156 - 16. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	"Entberlinisierung" mit umgekehrtem Vorzeichen ? Günter Markscheffel berichtet aus Genf	72
3	Abrüstung und Entspannung Übereinstimmung zwischen der britischen und deutschen Auffassung	50
4	Sturzflut kommunistischer Propagandaschriften Versuche am untauglichen Objekt	35
5	Herr Schröder und der Fall Schlegelberger Wiedergutmachung für wen ?	52
6	Gaullistische Afrikapolitik Großmachtbestrebungen und Atomexplosionen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	48
7	<u>Unser politisches Portrait:</u> Georg August Zinn - Ein Mann der realen Politik	33

"Entberlinisierung" mit umgekehrtem Vorzeichen?

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Trotz des etwas undurchsichtigen Frage- und Antwort-Spiels in der Sitzung der Außenminister-Konferenz am Mittwochnachmittag und trotz der Gerüchte über "erhärtete" oder "geloockerte" Positionen in beiden Lagern konzentriert sich das Interesse im wesentlichen auf eine Frage: Wird es möglich sein, ein irgendwie geartetes deutsches Gremium zustandezubringen, das bis zur und während der Gipfelkonferenz - und auch nachher - tagt und "Deutschland betreffende Fragen" berät?

Im Prinzip sind die westlichen Alliierten nicht gegen eine solche Einrichtung. Sie wissen jedoch, daß ihre Zustimmung hierzu einen Preis wert ist und erwarten von Gromyko feste Zusagen für die Freiheit West-Berlins. Das ist, auf die einfachste Formel gebracht, der gegenwärtige Stand der Verhandlungen.

Gromyko weiß natürlich auch, was die Westmächte von ihm erwarten. Deswegen versucht er - mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit - seine bereits für Berlin abgegebene Erklärung - die Zusicherung der Achtzehn-Monate-Frist - als den vom Westen geforderten "Preis" darzustellen. Er tut so, als sei die Berlin-Frage für ihn geregelt und bringt jetzt den ganzen Komplex des Deutschland-Problems wieder ins Spiel. Jetzt will Gromyko die Konferenz "entberlinisieren", allerdings unter einem anderen Vorzeichen, als dies zu Beginn der ersten Konferenzphase vom Westen versucht wurde.

Damals hatten die Westmächte mit ihrem Friedensplan als Gegenstück zum sowjetischen Friedensvertrags-Vorschlag versucht, Berlin, Deutschland und die europäische Sicherheit als Ganzes zu erörtern. Sie ignorieren jetzt allerdings, daß sie gleich zu Beginn der Konferenz in Genf die DDR-Delegation mit gleichen Rechten wie die Delegation der Bundesrepublik zugelassen haben, was Gromyko wiederum zum Anlaß nimmt, die "Existenz zweier deutscher Staaten" und deren Einschaltung bei allen Diskussionen über Deutschland als Postulat seiner Forderungen aufzustellen.

Im übrigen kann die von allen Außenministern in der Mittwochsitzung angewandte Methode der direkten Diskussion als Fortschritt bezeichnet werden. Man hatte keine "Papiere" vorbereitet, wie es sonst bei den öffentlichen Sitzungen üblich war, sondern in Rede und Gegenrede versucht, die Standpunkte zu klären. Elegant ist man auf diese Weise um die Forderung Gromykos nach Zulassung der deutschen Delegationen zu den Geheimsitzungen herungekommen. Es wurde so diskutiert, wie auf den früheren Geheimsitzungen.

Die Beobachter des Berliner Senats, an der Spitze Senator Günther Klein, sind nach wie vor an der "Entberlinisierung" der Konferenz interessiert, obwohl auch sie bestrebt bleiben, vor Erörterung des Gesamtkomplexes Deutschland und die europäische Sicherheit zumindest das Zustandekommen einer Interimslösung für Berlin zu fördern.

Verschiedentlich wurde behauptet, die Bundesregierung habe sich in eine Isolierung hineinmanövriert, als sie während der letzten Tage hartnäckig versuchte, Diskussionen über die Bildung eines gesamtdeutschen Gremiums zu verhindern. Es ist schwer zu sagen, ob diese Behauptung richtig ist. Außenminister von Brentano bestreitet es.

Um die Diskussion über diese Frage zu charakterisieren, möge folgende Episode am Rande der Konferenz dienen: "Radio Genève" sandte am Mittwochabend ein Journalistengespräch. Franzosen, ein Amerikaner, ein Tunisier, Schweizer, ein Jugoslawe und ein Deutscher nahmen daran teil. Als der Deutsche seinen Kollegen sagte, Herr von Brentano habe die Isolierung der westdeutschen Delegation bestritten, wurde er laut ausgelacht ...

Vertraulich wird in Kreisen der westdeutschen Delegation zugegeben: Wir haben uns festgefahren. Hoffentlich tut uns Gromyko den Gefallen und bestätigt noch einmal die Status-quo-Zusage für Berlin. Dann könnten auch wir nachgeben.

Unter "nachgeben" versteht man das unauffällige Einschränken auf die Linie der westlichen Alliierten, die - das ist ganz sicher - einem Gipfeltreffen zusteuern. Der letzten Erklärung Eisenhowers, die USA würden einem Gipfeltreffen nur zustimmen, wenn die Anerkennung der westlichen Rechte in Berlin gegeben sei, wird hier in Genf wenig Bedeutung beigemessen. Man klaviert diese Erklärung in die Rubrik "Begleitmusik", einfach, weil jeder weiß, daß Gromyko die gewünschten Zusagen - allerdings in umschriebener Form - bereits gegeben hat, und weil feststeht, daß alle Verhandlungspartner die Gipfel-

Abrüstung und Entspannung

Einen Höhepunkt erreichte der VI. Kongreß der sozialistischen Internationale am Mittwoch mit der Debatte über die internationale Lage. In einer kritischen, nüchternen und zugleich außerordentlich klaren Analyse hatte der britische Oppositionsführer Joe Gaitskell den Rahmen für die Diskussion abgesteckt. Seine Ausführungen fanden nachdrückliche Unterstützung durch Fritz Erler, der ebenso wie Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt zu diesem Punkt der Tagesordnung für die sozialdemokratische Partei Deutschlands sprach.

Mit Genugtuung konnte die überwiegende Mehrheit der Delegierten eine vollkommene Übereinstimmung in der Haltung zweier großer maßgebender europäischer Parteien feststellen: der Labour Party und der SPD. Gaitskell hatte an den Anfang seiner Ausführungen eine sehr deutliche Kritik der Konferenz-Diplomatie der Westmächte in Genf gestellt. Er bemängelte die Vorlage der westlichen Vorschläge als "Paket" und stellte es als unverantwortliches Versäumnis hin, daß in westlichen Plan eine soweit wie möglich gefaßte Entspannungzone fehlt. Nachdrücklich unterstrich der britische Oppositionsführer, daß man den Sowjets eine Garantie dafür bieten müsse, daß ein Gesamtdeutschland sich nicht der NATO anschließt.

Ebenso eindringlich verwies Gaitskell auf den Plan der britischen Labour Party und des Generalrats der britischen Gewerkschaften, der als ersten Schritt zu einer allgemeinen umfassenden Abrüstung ein Abkommen zwischen allen Staaten außer den beiden Atom-Großmächten vorsieht, das sie verpflichtet, keine Atomwaffen herzustellen oder zu besitzen. Gerade dieser Plan wurde von Fritz Erler im Namen der SPD besonders begrüßt. Es sei Gaitskells Verdienst, anstelle des "Alles oder Nichts" ein praktikables System-Gesetz zu haben. Dieser Vorschlag erhält umso größeres Gewicht, als er von der Partei eines Landes gemacht worden sei, das selbst im Besitz von Kernwaffen ist. Ebenfalls unterstrich Erler den Standpunkt der SPD, daß es keine realistische Politik sei, wenn man einem Gesamt-Deutschland den Beitritt zur NATO offenlassen wollte.

Gaitskell stellte unter dem Beifall der Mehrheit der Delegierten fest, daß es in Genf keinen Fortschritt geben könne, wenn von den Ministern nicht in irgendeiner Form der Deutschlandplan der SPD und die Pläne der Labour Party für ein Disengagement berücksichtigt werden.

Ganz zweifellos findet der gemeinsame deutsch-britische Standpunkt Zustimmung bei den meisten Delegationen des Kongresses, auch bei der mit beratender Stimme anwesenden Vertretern der Exil-Parteien Osteuropas. Während die Schweizer und Schweden unter Hinweis auf ihre besondere Lage gewisse Vorbehalte anmeldeten, erklärten sich die Franzosen und Holländer eindeutig gegen Gaitskells Thesen. Die Vertreter der französischen Partei blieben damit ein zweites Mal in der Minderheit. In der Algerien-Frage stehen sie auf dem Kongreß der Internationale praktisch allein. Diesmal befinden sie sich in Übereinstimmung mit den Holländern. Letztere mußten sich von Gaitskell im Schlußwort sagen lassen, daß sie mit ihrem Ruf nach einem atomwaffengerüsteten Deutschland von den Deutschen etwas verlangen, was sie selber ja nicht ohne weiteres zu tun bereit sind.

Der Beifall, den der britische Oppositionsführer nach seinem Schlußwort erhielt, beweist jedoch, daß die meisten Parteien des demokratischen Sozialismus in der Welt mit Entschiedenheit für die Politik der Entspannung und Abrüstung kämpfen werden.

### Sturzflut kommunistischer Propagandaschriften

W.K. - Während der vergangenen Monate ergoss sich und ergiesst sich heute eine unwahrscheinliche Sturzflut kommunistischer Propagandaschriften auf brav und bieder dahinlebende Bürger der Bundesrepublik. Broschüren, Zeitschriften, Zeitungen in Gross- und Kleinformat, ja sogar Zeitungsausschnitte mit roten Unterstreichungen flattern in bundesrepublikanische Briefkästen. Sie kommen aus Ost- und Westberlin, aus Rostock, Leipzig oder Dresden, auch aus Städten der Bundesrepublik, in der durchaus kommunistischen Skribenten heute noch die Möglichkeit gegeben wird, fleissig zu schreiben und sicher mit kommunistischen Geldern zu drucken und zu versenden. Ziel eigentlich all dieser Produkte ist, den Bundesrepublikanern glauben zu machen, wie schlecht es ihnen in Wirklichkeit geht und wie andererseits die Bäume der Bürger im Paradies der "Arbeiter- und Bauernmacht" in den siebenten Himmel wachsen.

Nun ist der "Eiserne Vorhang" glücklicherweise noch gar nicht so eisern, dass nicht doch Tausende hin- oder herfahren könnten. Gerade deshalb aber muss man sich wundern, wie primitiv die Logik der kommunistischen Propagandisten ist, wenn sie sich denken, ihr Geschreibsel könne entgegen der erlebten Wirklichkeit überzeugen.

Oder ist ihr Denken gar nicht so primitiv? Es gibt Millionen, die nicht hin- oder herfahren können, es gibt in der Bundesrepublik Millionen, die nicht mit der Regierungspolitik einverstanden sind und Kritik üben. Und bei ihnen mag man glauben, dass auch steter kommunistischer Tropfen den Stein köhle; Unzufriedene sind schon immer zugänglicher für Einflüsterungen und verlieren manchmal den Masstab.

Natürlich kennen die kommunistischen "Aigiprop.-Leute" die Quellen der Unzufriedenheit - anscheinend hier in der Bundesrepublik besser als die zahlreichen ihrer eigenen Bevölkerung. Die interessiert sie ja auch nicht so wie die westdeutsche. Wir wissen, dass die Politik der CDU/CSU viele Gründe zur Unzufriedenheit und Unbehaglichkeit gibt, angefangen von der Sozialpolitik bis hin zur Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik. Wer könnte sich schon wohlfühlen und zufrieden sein bei dem Gedanken daran, dass unser Land durch die Politik Adenauers ein Vorratsschrank für Atombomben werden wird?

Doch es gilt, sowohl gegen Adenauer als auch gegen Ulbrichts die Demokratie in der Bundesrepublik zu behaupten.

Herr Schröder und der Fall Schlegelberger

Alle Welt weiß, daß Schlegelberger in bösester Zeit, als eine Justiz, die damals leider weitgehend ihren Namen nicht mehr verdiente, "gelenkt" war, sich "mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz betrauen ließ. Alle Welt kann auch wissen, daß es zur gleichen Zeit entsetzlicherweise eine Reihe von "Richtern" gegeben hat, die unter ihrer Rede den Dolch des Mörders verbargen. Alle Welt kann auch wissen, daß Schlegelberger, wenn auch wohl in der hoffnungslosen Absicht, noch schlimmeres zu vernüthen, sich in jenes Unheil verstrickte, das die Nationalsozialisten "Endlösung der Judenfrage" nannten und für die Ermordung eines Juden auf Befehl eine Mitwirkung übernommen haben soll. Nur die Landesregierung von Schleswig-Holstein will bis zum Jahre 1953 davon noch niemals etwas gehört haben. Nur das Bundesministerium der Justiz erklärt, es sei im Jahre 1953 ahnungslos gewesen.

Die SPD hat wegen der Behandlung des Falles Schlegelberger durch die zuständigen Bundesministerien am 18. Juni 1959 nochmals eine kleine Anfrage eingebracht. Es geht dabei nicht um die Person Schlegelbergers. Er ist ein sehr alter Mann. Niemand würde darüber sprechen, falls ihm eine Gnadenpension belassen wäre, die allerdings die Rente eines Verfolgten nicht erreichen dürfte, und falls Schlegelberger es jetzt unterließe, dem demokratischen Parlament unerbetene Ratschläge zu erteilen, für die ihm die Legitimation fehlt. Von Bedeutung allein ist die Art, wie die verantwortlichen Bundesbehörden den berüchtigten "Schlußstrich" ziehen, indem sie ihren gesetzlichen Pflichten nicht nachkommen und so tun, als hätten sie keinerlei Kenntnis von den Ereignissen in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Während den Hinterbliebenen der Ermordeten sowie den noch überlebenden Verfolgten Beweise abverlangt werden, die zu erbringen kaum möglich ist, hat man Schlegelberger ohne jede Prüfung aus dem Handgelenk das sehr hohe Ruhegehalt eines Staatssekretärs zugebilligt. Auf die erste Anfrage der SPD teilte die Bundesregierung mit, welche Nettobezüge Schlegelberger erhält. Auf die zweite Anfrage der SPD, aus welchem Grunde die Nettobezüge, nicht aber die Bruttobezüge angegeben sind, erwidert jetzt Herr Schröder, daß dafür "keine besonderen Gründe" vorliegen. Wenn es keine besonderen Gründe gibt, so müssen allgemeine Gründe den Minister dazu bewogen haben. Sind es die allgemeinen Gründe, daß der Öffentlichkeit schamhaft verschwiegen werden soll, wie unbedenklich man hier mit Staatsgeldern umgegangen ist, während um kleinste Rentenbeträge für Verfolgte erbitterte Rechtsstreitigkeiten bis in die letzte Instanz geführt und angebliche Gefahren für die Wahrung infolge der Wiedergutmachung laut beklagt werden?

In ihrer zweiten Anfrage wollte die SPD von der Bundesregierung wissen ob denn die Bundesregierung die Veröffentlichung des Deutschen Zentral-Justizamtes in Hamburg über Schlegelberger nicht gekannt habe. Herr Schröder antwortet jetzt: "Die Veröffentlichung des Zentral-Justizamtes für die britische Zone ... ist dem Bundesministerium des Innern im Jahre 1953 nicht bekannt gewesen." Darin liegt das glatte Eingeständnis eines schuldhaften Versäumnisses. Anscheinend hat man die erforderliche Sorgfalt auch dadurch verletzt, daß nicht einmal das Bundesministerium der Justiz beteiligt wurde obgleich man mit dessen Sachkunde rechnen mußte.

Herr Schröder hat sich in seiner Antwort kurz gefaßt. Er wird keine besonderen Gründe dafür gehabt haben, da er schon im allgemeinen die gebotene Achtung vor dem Parlament selten aufbringt. Aber die Kürze seiner Antwort unterstreicht nur die Größe des Versagens.

### Gaullistische Afrikapolitik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Als politische Bombe muß man die Erklärung des Präsidenten Madagaskars, Tsirananana, bezeichnen, nach welcher die "Französische Gemeinschaft" zur Verteidigung ihres Afrikareiches Atombomben einsetzen will. Es war dies der "wichtige" Abschluß der Konferenz des Exekutivrates auf Madagaskar, an welcher mit de Gaulle alle wichtigen französischen Minister teilnahmen. Die anderen Punkte dieser Tagung - gemeinsame Diplomatie der Mitgliedstaaten, ihre Vertretung in den internationalen Einrichtungen, die Frage der Staatsbürgerschaft der Malgachen und Afrikaner, vor allem aber die wirtschaftlichen Probleme - fanden eine weniger klare Lösung und werden durch den Atombombenbeschluß in den Schatten gestellt.

Die Versuchsexplosionen sollen in Regane, im Süden der Sahara, stattfinden. Großangelegte unterirdische Installationen wurden dort bereits gebaut. Es soll allerdings zunächst "nur" eine "Hiroshima-Bombe" sein, etwa 15 bis 20 Kilotonnen TNT, also noch weit entfernt von den Nuklearbomben der drei Großmächte, die 50 Megatonnen erreichen. Um auch diese "Fortschritte" zu erreichen, wird Frankreich ohne ausländische Hilfe nicht auskommen. De Gaulle will jedenfalls mit diesen Atomversuchen von neuem Frankreichs Eintritt in den "Klub der Großen" erzwingen.

Der Protest der Regierung Ghanas gegen Atomversuche in der Sahara wurde nicht gehört. Es ist gewiß kein Zufall, daß Ghana daraufhin die faktische Anerkennung der Algerischen Exilregierung beschloß. Der Algerien-Krieg bleibt eben der Pfahl im Fleische des sogenannten französischen Commonwealth. Der Botschafter Ghanas in Kairo ist mit dem Chef der algerischen Exilregierung, Ferhat Abbas, persönlich zusammengetroffen. Das ist ein böses Omen für Paris. Vor der französischen Botschaft in Accra kam es zu Kundgebungen gegen die französische Atompolitik. In Paris fragt man sich, ob die FLN nun wirklich in Ghana auf konkrete Unterstützung hoffen darf.

In Tananarive, auf Madagaskar, wurden die Gegensätze und Widersprüche zwischen den Mitgliedstaaten vorläufig vertuscht, aber nicht aus der Welt geschafft. Die neue afrikanische Republik Mali und der Sudan streben mit ihrem Premierminister Modibo Keita weiter zu einem Bund selbständiger Staaten, während die Elfenbeinküste mit Houhouet-Boigny in der "Französischen Gemeinschaft" in ihrer gegenwärtigen Form bleiben will. Das Beispiel Guineas, das gleich bei der Abstimmung über die neue Staatsverfassung aus dem französischen Staatsverband austrat, wirkt weiterhin als Antrieb einer pan-afrikanischen Entwicklung. Dazu kommt noch, daß mehrere afrikanische Staaten im nächsten Jahr ihre staatliche Unabhängigkeit erlangen: Nigeria, Togo, Kamerun.

Die Atomexplosionen im Herzen Afrikas, die dem gaullistischen Machtstreben dienen sollen und als Kitt für die "Französische Gemeinschaft" gedacht sind, werden so in Wirklichkeit zu einem neuen Auftrieb des nationalen Widerstandes und der nationalen Umwälzung in ganz Afrika.

Unser politisches Portrait:

Georg August Zinn - Ein Mann der realen Politik

sp - Seit 1951 bestimmt August Zinn als Ministerpräsident die Richtlinien der hessischen Regierungspolitik. Er, der sich bereits als 19jähriger junger Mann für eine aktive politische Tätigkeit in der SPD entschied, stellte mit seinem Kabinett unter Beweis, daß die deutsche Sozialdemokratie zu regieren versteht und daß sie in Ausübung der Regierungsverantwortung eine Politik betreibt, die nicht das Wohl einzelner Interessenverbände ins Auge faßt, sondern das Wohl des Volksganzen.

Schon nach dem Zusammenbruch war August Zinn von der SPD in den Parlamentarischen Rat entsandt worden, wo er Einfluß auf die Struktur der zu bildenden Bundesrepublik nehmen konnte. An der Abfassung der Rechte, die dem Bundesrat zugestanden werden sollten, war er damals maßgeblich beteiligt. Außerdem baute er in Hessen als Justizminister die Rechtspflege wieder auf und übernahm damals auch die Leitung des hessischen Landespersonalamtes.

Aus solchen Voraussetzungen heraus entwickelte er sich dann zum hessischen Landesvater, dessen politische Leistungen als Erfolge sozial demokratischer Landespolitik in der ganzen Bundesrepublik bekanntgeworden sind. Da ist vor allem seine "soziale Aufrüstung des Dorfes", die von der öffentlichen Meinung sehr gern als das Renommierstück der SPD hingestellt wird. Darüber hinaus ist seine Kulturpolitik, die zu Schulgeld- und Lernmittelfreiheit führte, charakteristisch für die Bestrebungen der Sozialdemokratie, allen Menschen den Zugang zu den Bildungseinrichtungen zu erschließen, die befähigt sind. Die Studenten der Universität Frankfurt haben es ebenfalls dankbar empfunden, daß August Zinn ihnen die Sorge um die Gebührenzahlung abgenommen hat.

So wurde August Zinn zu einem beachtlichen Faktor in der Mobilisierung des Geistes, zu dem die SPD jetzt schreitet. Seine Erfahrungen auf den Gebieten der Landespolitik werden August Zinn befähigen, in der Gesamtpolitik der SPD, die sich im Ringen um die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik und um die Wiedervereinigung Deutschlands in einem sozialen und demokratischen Staat ausdrückt, an hervorragender Stelle mitzuarbeiten.

+ + +